

Die sogenannte „Aachener Erklärung“, das von Bauern, Verbrauchern, Umweltschützern und Dritte-Welt-Gruppen erstmals in Aachen während einer Gegenveranstaltung zum Deutschen Bauerntag vorgestellte Papier für eine neue Agrarpolitik, bildet in den vielen Arbeitskreisen der AbL eine wichtige Grundlage für die politische Arbeit in den Wintermonaten. Die „Bauernstimme“ druckt sie daher im Wortlaut ab und stellt daneben die beteiligten Organisationen in diesem Sonderteil kurz vor.

Arbeitsgemeinschaft  
bäuerliche  
Landwirtschaft

Bund für Umwelt  
und Naturschutz  
Deutschland

Bundeskongreß ent-  
wicklungspolitischer  
Aktionsgruppen,  
Agrokoordination

Verbraucher  
Initiative

## Aachener Erklärung: Bauern und Verbraucher für neue Agrarpolitik

Eine neue Agrarpolitik, das haben Vertreter der Interessen von bäuerlicher Landwirtschaft, Umwelt, Verbrauchern und Dritte Welt erkannt, läßt sich nicht im Alleingang durchsetzen. Deshalb schlossen sich vier renommierte, bundesweite Organisationen erstmals zusammen, um in der Öffentlichkeit ihrer Forderung nach einer neuen, einer vernünftigeren, gerechteren Agrarpolitik Nachdruck zu verleihen und dem Wahnsinn der sinnlosen Überschußproduktion und Nahrungsmittelvernichtung bei gleichzeitigem Hunger in der Dritten Welt ein entschiedenes „Nein“ entgegenzusetzen. Dieses neue gesellschaftliche Bündnis faßte seine Kritikpunkte und Forderungen in der sogenannten „Aachener Erklärung“ zusammen:

Viele von uns denken bei der EG-Agrarpolitik zuerst einmal an Butter- und Milchpulverberge, an Zucker- und Getreideüberschüsse sowie an Kühlhäuser voll unverkäuflichem Rindfleisch. Es herrscht das Bild vor, daß die Brüsseler Kommission die Agrarprobleme nicht in den Griff bekommt und Unsummen an Subventionen verpulvert, die angeblich in die Taschen der Bauern fließen. In Wirklichkeit hat die Agrarpolitik die Überproduktion gezielt gefördert. Die Subventionen gehen im wesentlichen nicht an die Bauern, sondern an die nachgelagerten Bereiche, Nahrungsmittelindustrie, Lebensmittelhandel und an Exportfirmen. Diese Branchen üben einen erheblichen Einfluß auf die Struktur der Landwirtschaft aus. Seit zwei Jahren ist nun

von einer Reform der Agrarpolitik die Rede. Nahezu unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit ist eine Politik verschärft worden, die binnen weniger Jahre zur Vernichtung der bäuerlichen Landwirtschaft führen wird. An deren Stelle soll nach dem Willen der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft eine vollständig industrialisierte Agrarproduktion treten, wie wir sie schon in der Geflügelbranche vorfinden.

Begründet werden die Maßnahmen der EG-Administration mit den Überschüssen und den dadurch entstehenden hohen Kosten. Die Bauern sollen weniger produzieren, heißt es, deshalb werden die Erzeugerpreise weiter gesenkt und die Milchproduktion kontingentiert. Bei dieser „Reform“

geht es jedoch nicht nur um Preise. Es geht vielmehr um die Frage, wie unsere Nahrungsmittel morgen produziert werden, wie die moderne Landwirtschaft mit der Natur umgeht, ob weiterhin agrarische Ressourcen in der Dritten Welt ausgebeutet werden, ob die EG weiterhin mit Agrarexpor-

ten und sogenannter Nahrungsmittelhilfe die Binnenmärkte und damit auch die Selbstversorgung in den Entwicklungsländern stört.

Die jetzige Agrarpolitik beseitigt die Ursachen der bestehenden Mißstände nicht, sondern verschärft die Probleme noch weiter. Deshalb haben sich erstmals in

der Geschichte der Bundesrepublik bäuerliche, Umwelt-, Verbraucher- und entwicklungspolitische Organisationen zusammengeschlossen, um der Brüsseler Politik die Forderung nach einer neuen, einer sozialen, ökologischen und solidarischen Agrarpolitik gegenüberzustellen.



Georg Janßen, 31 Jahre alt und Diplom-Agraringenieur, wohnt im niedersächsischen Lüneburg. Seit Januar 1985 arbeitet er als hauptamtlicher Bundes-Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL).

### „Eine neue Agrarpolitik braucht ein neues gesellschaftliches Bündnis“

**AbL** Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ist eine parteiunabhängige Interessenvertretung für kleine und mittlere Betriebe. Sie steht für das Ziel, der bäuerlichen Landwirtschaft wieder einen Wert in unserer Gesellschaft zu verschaffen, die Betriebe der unteren Größenordnungen zu erhalten und Bäuerinnen und Bauern

wieder Mut für die Zukunft zu machen. Die AbL arbeitet zur Zeit mit 30 Bauerngruppen im ganzen Bundesgebiet und gibt monatlich die Zeitung „Unabhängige Bauernstimme“ heraus. Die AbL will gerechten Lohn für bäuerliche Arbeit, umweltverträgliche Bewirtschaftungsformen für das Land und gesunde Lebensmittel für die Verbraucher.

**Kontaktadresse:**  
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft  
(Unabhängige Bauernstimme) e. V.  
Nordrheda 3, 4840 Rheda-Wiedenbrück,  
Telefon (0 52 42) 4 84 76.



## Auswirkungen der Agrarpolitik von EG und Bundesregierung

### ... auf die Landwirtschaft

Die EG-Agrarpolitik hat zu einer Vernichtung kleiner und mittelbäuerlicher Existenzen geführt. Trotz der alljährlich spektakulären Agrarpreisverhandlungen sind seit 1970 die realen Erzeugerpreise in der Bundesrepublik um 24 % gesunken. Der größte Teil der bäuerlichen Betriebe erreicht kein ausreichendes Einkommen mehr. Die Verschuldung der Betriebe nimmt von Jahr zu Jahr zu. So mußten allein in der Bundesrepublik seit 1970 über 375 000 Bauern ihre Höfe aufgeben. Alle zwei Minuten geht in der EG ein landwirtschaftlicher Arbeitsplatz verloren. Die verantwortlichen Politiker setzen weiter auf ein „Gesund-schrumpfen“. Der Strukturwandel soll durch Preis-senkungen, Quotenverkürzungen, Mitverantwortungs-abgaben und Ruhestands-Programmen drastisch beschleunigt werden. Bis zum Jahr 2000 soll noch jeder zweite Bauernhof aus der Produktion verschwinden.

Werden die politischen Programme der EG-Kommission, der Bundesregierung und der Führung des Bauernverbandes Wirklichkeit, wird es in den neunziger Jahren keine bäuerliche Landwirtschaft mehr geben. Nahrungsmittel werden dann in Agrarfabriken und durch industrielle Formen der Landbewirtschaftung erzeugt werden. Dabei sollen verstärkt biotechnische Verfahren sowie gentechnisch manipulierbare Pflanzen und Bakterien genutzt werden. Die möglichen Gefahren dieser Produktionsweise sind mit den Risiken der Atomenergie-Erzeugung durchaus vergleichbar.

### ... auf die Umwelt

Der Zwang zum Wachsen oder Weichen hat zu einer immer stärker werdenden Intensivierung der Landwirtschaft geführt, mit zum Teil dramatischen Folgen für Umwelt und Natur. Unsere Lebensressourcen Boden, Wasser, Luft und die Pflanzen- und Tierwelt werden durch die Intensiv-Landwirtschaft zunehmend bedroht.

Nitratbelastungen und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln im Grundwasser (weit über den zulässigen EG-Grenzwerten), zunehmende Resistenzen gegen Pflanzenschutzmittel, Schädigung des Bodens durch Verdichtung und Erosion sind zunehmende Warnsignale. Ausgeräumte Landschaften und die Verödung einzelner Regionen machen das zerstörte Verhältnis von Landwirtschaft und Natur deutlich.

Die hochtechnisierte, chemieintensive landwirt-

schaftliche Produktionsweise ist auch der Hauptverursacher des rapiden Arten-schwundes. Die letzten Reste naturbetonter Biotope sind weiterhin durch die landwirtschaftliche Intensivierung bedroht. Entwässerungsmaßnahmen (z. B. in der Flurbereinigung), Grünlandumbruch und Chemie-eintrag nehmen zerstörerische Wirkung an.

### ... auf den Verbraucher

Für die Entwicklung unserer Lebensmittelversorgung ist kennzeichnend, daß immer weniger Erzeugnisse den Verbraucher direkt erreichen. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Nahrungsmittelindustrie und der Lebensmittelgroßhandel immer stärker zwischen Bauern und Verbraucher geschoben. Die Erzeugnisse der Landwirtschaft sind zunehmend zu bloßen Rohstoffen für Industrie und Handel geworden.

Der Anteil der be- und verarbeitenden Nahrungsmittel hat erheblich zugenommen. Wichtige ernährungsphysiologische Eigenschaften sind dabei vernachlässigt worden. Um eine lange Haltbarkeit und Transportfähigkeit zu erreichen, werden verstärkt fragwürdige Konservierungsstoffe eingesetzt. Hinzu kommen Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und Tiermedikamenten in den Nahrungsmitteln, die zu immer höheren gesundheitlichen Risiken für den Konsumenten führen.

Gleichzeitig findet sowohl in der Ernährungsindustrie als auch im Lebensmittelhandel ein aggressiver Verdrängungswettbewerb statt. Das Ernährungshandwerk ist wie die bäuerliche Landwirtschaft vom Aussterben bedroht. Die Agrarpolitik greift zusätzlich, wie zum Beispiel in der Molkereibranche, mit Stilllegungsprämien in den Strukturwandel ein, an dessen Ende nur noch wenige Unternehmen den Markt bestimmen werden. Der Kunde wird dann nicht mehr „König“ sein, sondern er ist dann von den wenigen, marktbeherrschenden Unternehmen abhängig.

### ... auf die Dritte Welt

Die Europäische Gemeinschaft ist bei den wichtigsten Agrarprodukten zum Überschußproduzenten geworden. Weltweit ist die EG der zweitwichtigste Exporteur und der größte Importeur von Agrargütern. Erst die Importeure von Nahrungsmitteln, Agrarrohstoffen und Futtermitteln, die zum erheblichen Teil aus Ländern der Dritten Welt kommen, ermöglichen die Überschußproduktion in Westeuropa.

Ohne diese Importe könnte sich die EG gerade ausreichend selbst mit Nahrungsmitteln versorgen.

Die stark subventionierten Agrarexporte der EG haben weltweit zu Preiseinbrüchen geführt. Anbieter aus der Dritten Welt erlitten z. B. beim Zuckerexport erhebliche Einbußen. Durch die aggressive Exportpolitik der EG und USA sind die Binnenmärkte vieler Staaten in der Dritten Welt beeinträchtigt worden. Billigere Im-

der Gemeinschaft ausgerichtet worden. Dadurch ergeben sich Abhängigkeiten und Unsicherheiten, so daß die Produzentenländer immer häufiger gegeneinander ausgespielt werden können. Die Länder der Dritten Welt erzielen immer weniger für ihre Agrarprodukte und Rohstoffe.

Die EG ist dadurch mitverantwortlich für eine einseitige Ausrichtung der Agrarstrukturen in den betroffenen Lieferländern auf einige wenige Exportkulturen, für die zunehmende

## Wem nützt die Agrarpolitik?

Den Verbrauchern wird durch die Medien das Bild vermittelt, daß die Bauern von der Subventionspolitik profitieren. Den Bauern wird wiederum erklärt, die Verbraucher seien die Nutznießer von günstigen Preisen für Nahrungsmittel. Beide Einschätzungen lenken von den eigentlichen Nutznießern ab. Zwar hat auch eine kleine Zahl von Wachstumsbetrieben in der Landwirtschaft von den Subventionen profitiert, aber 70 % der EG-Agrar-Milliarden kommen, wie die Europäische Rechnungshof bereits 1983 feststellte, nicht auf den Höfen an.

● 34,1 % der EG-Subventionen wurden 1985 für Exporterstattungen ausgegeben. Es profitieren die Exporteure von Agrargütern und Transportunternehmen.

● 22,4 % der Subventionen wurden für Lagerhaltung ausgegeben. Die Beträge gehen an die Besitzer von Kühlhäusern und Lagerhallen.

● 38,5 % der Subventionen wurden für preisausgleichende Maßnahmen gezahlt. Diese Beihilfen werden nur zum geringen Teil an den Erzeuger direkt gezahlt. Es profitiert vor allem die Nahrungsmittelindustrie, z. B. durch die Verbilligung von Butter und Milchpulver für die Speiseeisherstellung.

● 20 bis 30 % aller Subventionsanträge sind gefälscht, die EG-Kommission selbst beziffert den jährlichen Verlust durch Betrugsgeschäfte auf mindestens 6 Milliarden DM.

Die derzeitige Agrarpolitik nützt der chemischen Industrie, Landmaschinenindustrie, den Banken, insbesondere den Großen in der Ernährungsindustrie, dem Lebensmittelgroßhandel sowie den Im- und Exportfirmen.

## Für eine neue Agrarpolitik

Die Überlegungen der EG-Kommission in dem „Grünbuch“ von Juli 1985 sowie die daraus resultierenden Preissenkungsvorschläge richten sich direkt gegen die bäuerliche Landwirtschaft. Die EG-Agrarpolitik zielt auf die endgültige Zerstörung der bäuerlichen Struktur ab, an deren Stelle eine industrialisierte Agrarwirtschaft treten soll. Dieses Konzept mißachtet, daß selbst die Entwicklung der Industriegesellschaft bereits auf immer mehr Grenzen stößt. Radioaktive Verseuchung, das Waldsterben und die Verschmutzung der Flüsse sind Beispiele dafür, daß die Industrialisierung die Ressourcen für jegliches Leben, auch des menschlichen, in zunehmendem Maße zerstört. Wir stellen fest, daß die derzeitige Industrialisierungspolitik in die ökologische

## „Bewirtschaftung, zu der Bauern gezwungen sind, führt zu ökologischem Harakiri“



**Dr. Hubert Weiger, 40 Jahre alt, stammt aus Kaufbeuren im Allgäu, studierte Forstwissenschaften in München und Zürich und schloß das Studium in München mit der Diplomprüfung ab. Anschließend leistete er seinen zivilen Ersatzdienst bei der „Aktion saubere Landschaft“ des Bundes Naturschutz als einer der ersten Ersatzdienstleistenden im Umweltschutzbereich. Seit 1973 ist Hubert Weiger hauptamtlich Beauftragter des Bundes Naturschutz für Nordbayern. 1986 promovierte er als Dr. rer. silv.**

**Kontaktadresse:  
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), Bundesgeschäftsstelle:  
Postfach 30 02 20, Im Rheingarten 7,  
5300 Bonn 3, Telefon (02 28) 46 20 84.**

porte haben zu einer Veränderung der Ernährungsge-wohnheiten geführt. Nahrungsmittel amerikanischer oder europäischer Herkunft werden von der städtischen Bevölkerung bevorzugt. Die einheimischen Produzenten verlieren Absatzmärkte und stellen häufig aufgrund der niedrigen Preise die Produktion für den Markt ein.

Die Agrarimporte sind ausschließlich von Produktions- und Vermarktungsinteressen der Industrie in der EG bestimmt. Durch den Importbedarf der EG ist die Agrarproduktion in vielen Ländern auf den Absatz in

Verdrängung der binneno-rientierten Nahrungsmittel-erzeugung, die Zerstörung von kleinbäuerlichen Produktionsstrukturen und den Raubbau an der Umwelt.

Durch die Marktordnungs-politik schottet die EG ihre Märkte gegen eine Vielzahl von Agrargütern und konkurrenzfähigeren Anbietern ab. Sie beschränkt den Zufluß vor allem auf unverarbeitete Produkte und verhindert dadurch den Aufbau einer Verarbeitungsindustrie und somit höhere Erlöse für die Länder der Dritten Welt.



Krise, in die Sackgasse, führt. Nur ein sofortiges Umdenken wird noch Schlimmeres verhindern können.

Es kann auf keinen Fall zugelassen werden, daß auch die Landwirtschaft, trotz deutlicher Warnsignale, weiter industrialisiert werden soll. Statt dessen ist ein radikaler Wandel in der Agrarpolitik dringend erforderlich. Neue Wege müssen beschritten werden. Anstelle der Fortschrittsgläubigkeit muß die Besinnung auf das sozial und ökologisch Notwendige und Sinnvolle treten.

Das Bedürfnis nach weltweit ausreichender und gesunder Nahrung muß wieder mehr Geltung erlangen. Menschliche Bedürfnisse müssen mehr Gewicht haben als ökonomische Kriterien. Voraussetzung ist, daß die Landwirtschaft wieder aus der Rolle des Rohstofflieferanten für Industrie und Handel herausgeholt wird und dabei gleichzeitig weitgehend zum Erhalt der Landschaft beiträgt. Neben der Eigenversorgung mit den wichtigsten Agrargütern muß Wert auf eine möglichst vielfältige Produktion gelegt werden, so daß der internationale Handel mit Agrarerzeugnissen reduziert wer-

den kann. Eine solche Agrarpolitik wäre der beste Beitrag der Europäischen Gemeinschaft (und der USA) für die Ernährungssicherung und für eine positive Agrarentwicklung in den Ländern der Dritten Welt.

### Eine neue Agrarpolitik für die Bauern

Zukünftige Agrarpolitik muß es den Bauern ermöglichen, in der Landwirtschaft zu bleiben. Landwirtschaftliche Betriebe dürfen nicht nach den üblichen Prinzipien der Unternehmensführung (Gewinnmaximierung) betrieben werden. Landwirtschaft muß ein Anliegen der ganzen Gesellschaft sein.

Landwirtschaftliche Produktion muß künftig mit weniger Aufwand an chemischen und technischen Vorleistungen betrieben werden. So wird es möglich sein, die Überschussproduktion abzubauen und mit naturverträglichen Methoden gesunde Nahrungsmittel zu produzieren. Gleichzeitig können so die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten und sogar zusätzliche geschaffen werden.

● **Wichtigste Voraussetzung ist, daß die Arbeit auf den Höfen wieder angemessen**

bezahlt wird. Um regionale Standortunterschiede und unterschiedliche Produktionskosten zu berücksichtigen, fordern wir zur Existenzsicherung kleiner und mittlerer Betriebe die Einführung gestaffelter Erzeugerpreise. Bei Milch sollen z. B. allen Betrieben, die nicht mehr als 200 000 Liter produzieren, für die ersten 60 000 Liter zusätzlich 10 Pfennig/Liter bezahlt werden.

● **Zur Beseitigung der Überschüsse und zur Rückführung der industrialisierten Massentierhaltung fordern wir flächengebundene Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung (60 Kühe mit Nachzucht, 240 Mastriinder, 100 Zuchtsauen, 800 Mast-schweine).**

### Eine neue Agrarpolitik für die Natur

Die Landwirtschaft hat neben der Produktion gesunde Lebensmittel eine zentrale Bedeutung für den Erhalt des Bodens und der Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten. Die Agrarpolitik muß Rahmenbedingungen setzen, die die naturverträgliche Bewirtschaftung des gesamten Lebensraumes sichert. Die Beschränkung des Naturschutzes auf Reservatsflächen ist als Instrument zur Erhaltung der Lebensgrundlagen gerade auch des Menschen völlig unzureichend. Deshalb fordern wir:

- **Stopp des zunehmenden Strukturverlustes im klein- und mittelbäuerlichen Bereich, Maßnahmen zum Erhalt der klein- und mittelbäuerlichen Mischbetriebe anstelle der spezialisierten Großbetriebe.**
- **Abbau der Überschüsse durch eine Reduzierung der Düng- und Pflanzenschutzmittelanwendung auf der gesamten Fläche.**
- **Bindung der Viehhaltung an die Fläche (Bestandsobergrenzen).**
- **Verbot eindeutig umweltbelastender Stoffe wie Atrazin, Lindan usw. und Verschärfung der Rückstandskontrollen im Lebensmittelbereich.**
- **Flächen- (Betriebs-)Stilllegungskonzepte sowie Agraralkoholprogramme mit einer umso intensiveren Nutzung der Produktionsflächen sind abzulehnen.**
- **Die weitere Zerschneidung des Lebensraumes und die Verinselung von naturnahen Biotopen ist zu stoppen.**
- **Massive Förderung der ökologischen Produktionsweisen.**
- **Stopp der weiteren maßlosen Versiegelung von Flächen durch Überbauung.**

### Eine neue Agrarpolitik für die Verbraucher

Die Agrarpolitik muß gewährleisten, daß die Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und preiswerten Nahrungsmitteln versorgt

## „Lebensmittelverarbeitung und -vermarktung erzwingen Rationalisierung auf Höfen“



**Ulrike Höfken, 32 Jahre alt und Diplom-Landwirtin, arbeitet seit 1981 in der Gruppe Verbraucherpolitik mit und gibt die Zeitschrift Consum Kritik mit heraus. Im Jahre 1985 gehörte sie zu den Gründern der Verbraucher Initiative.**

Bild: Joker

**VI** Die Verbraucher Initiative wurde 1985 von Verbrauchern und Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace und BUND gegründet. Mitglieder können mitarbeiten, z. B. in den Arbeitskreisen zum Thema Müll, Agrarpolitik, Gentechnik usw. oder in den lokalen Kontaktstellen in mehr als 20 Städten im Bundesgebiet. Schwerpunkte der Arbeit der Verbraucher Initiative sind beispielsweise Verbraucherinformationen in den Bereichen Ernährung, Vermarktung, Agrarpolitik (aktuelle Themen: radioaktive Belastung, Bestrahlung von Lebensmitteln, Konzentrationen in Lebensmittel-Handel und -Industrie), weiter über gesundes Wohnen, Umweltschutz im Haushalt und Dritte Welt (Futtermittelimporte, Boykott von Früchten aus Südafrika usw.)

**Kontaktadresse:**  
Verbraucher Initiative, Breite Straße 51,  
Postfach 1746, 5300 Bonn 1,  
Telefon (02 28) 65 90 44

## „Durch Sog der Agrarmärkte ist die Welt zum globalen Supermarkt geworden“



**Klaus Seitz ist seit über zehn Jahren in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit engagiert, so im Arbeitskreis Dritte Welt Reutlingen, im Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Baden-Württemberg und in der BUKO-Agrokoordination. Derzeit arbeitet er als Studienleiter am Zentrum für entwicklungsbezogene Bildung in Stuttgart.**

### BUKO

Der Bundeskongress

Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) ist der Zusammenschluß der Dritte-Welt-Gruppen, Dritte-Welt-Solidaritätskomitees und entwicklungspolitischen Basisinitiativen in der BRD. Der BUKO wurde 1977 in München mit dem Ziel gegründet, die verschiedenen Arbeitsvorhaben, Kampagnen und Aktionen der Dritte-Welt-Bewegung miteinander zu vernetzen und damit ihre politische Durchsetzungskraft zu erhöhen. Seit 1981 besteht eine spezielle BUKO-Agrokoordination. Ihre Aufgabe ist es, den Informationsaustausch zwischen den Gruppen, die zu Landwirtschaft und Dritte Welt arbeiten, zu verbessern und gemeinsame Aktionen und Öffentlichkeitskampagnen zu koordinieren. Schwerpunkt der Arbeit ist die Vermittlung der Zusammenhänge zwischen Ernährungsproblemen der Dritten Welt und EG-Agrarpolitik.

**Kontaktadresse:**  
BUKO-Agrokoordination,  
Nernstweg 32 bis 34, 2000 Hamburg 50,  
Telefon (0 40) 39 25 26.

wird, die weitgehend naturalen belassen sind. Deshalb fordern wir:

- **Eindämmung des Konzentrationsprozesses in der Lebensmittelverarbeitung und im Lebensmittelhandel.**
- **Dezentralisierung des Handels.**
- **Dezentralisierung des Molkereiwesens und der Schlachtereien.**
- **Aufhebung von Handelsklassenverordnungen, bei denen optische Merkmale und die Lagerfähigkeit im Vordergrund stehen.**
- **Aufhebung aller sogenannten Qualitätsanforderungen, die nicht dem Gesundheitswert, sondern den Anforderungen der verarbeitenden Industrie dienen.**
- **Förderung der Direktvermarktung, insbesondere von Verbraucher-/Erzeugergemeinschaften.**
- **Förderung des Ernährungshandwerks.**
- **Aufbau unabhängiger Kontroll- und Beratungsinstitutionen.**

### Eine neue Agrarpolitik in Europa für die Dritte Welt

Im Hinblick auf eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der Menschen in der Dritten Welt fordern wir eine Neuorientierung der EG in ihrer Agrarpolitik. Die Agrarpolitik der EG darf nicht auf einer

weltweiten agrarwirtschaftlichen Arbeitsteilung aufbauen, in der die Länder der Dritten Welt zu beliebig austauschbaren Lieferanten landwirtschaftlicher Rohstoffe degradiert werden. Umgekehrt darf die Dritte Welt nicht ein beliebiger Absatzmarkt für verarbeitete und veredelte Agrarprodukte aus Europa sein. Die europäische Agrarpolitik muß dem Recht aller Länder auf eine eigenständige Sicherung der Nahrungsgrundlagen Vorrang einräumen.

- **Exporterstattungen für Agrargüter müssen gestrichen werden.**
- **Die Überschussproduktion der EG ist durch Förderung und Sicherung der flächengebundenen bäuerlichen Erzeugung abzubauen.**
- **Die Nahrungsmittelhilfe ist innerhalb der nächsten Jahre auf reine Katastrophenhilfe zurückzuführen und soweit möglich ausschließlich mit Überschüssen in der Dritten Welt zu bestreiten (Dreiecksgeschäfte).**
- **Der Import von EG, vor allem im Bereich der Futtermittel, ist durch die Rückführung der industrialisierten landwirtschaftlichen Produktion abzubauen. In Fällen einschneidender einseitiger Abhängigkeitsverhältnisse hat die EG ihrer Verantwortlichkeit für die damit entstandenen Strukturdefi-**



zite Rechnung zu tragen und Ausgleichszahlungen zu leisten.

● Insbesondere die Futtermittelimporte der EG müssen im Verlauf der nächsten Jahre schrittweise abgebaut werden. Die im Rahmen der GATT-Verhandlungen angestrebte Liberalisierung des weltweiten Futtermittelhandels ist abzulehnen. Der Abbau der Futtermittelleinfuhren ist über bilaterale Handelsabkommen mit den jeweiligen Lieferländern zu regeln. Die EG hat aus ihrer

Mitverantwortung für die in den betroffenen Ländern daraus entstandenen Strukturprobleme Kompensationsleistungen zu zahlen, die Spielräume für eine binnenmarktorientierte Entwicklung ermöglichen sollen.

● Der Agrarhandelsaustausch sollte nur auf der Basis einer gesicherten Eigenversorgung mit Grundnahrungsmitteln aller Teilnehmer und auf Grundlage einer vielfältigen Produktionsstruktur erfolgen. Agrarex-

porte sollten nur dann erfolgen, wenn sie entwicklungspolitisch sinnvoll sind und (bei hohem Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln) der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des jeweiligen Landes zugute kommen. In solchen Fällen muß ein verbesserter Zugang zum EG-Agrarmarkt geschaffen werden.

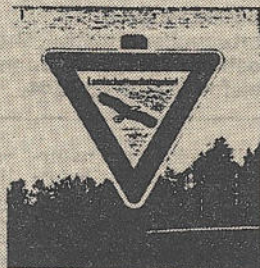
Die Landwirtschaft in Westeuropa steht vor einer entscheidenden Wen-

de. Noch bestehen realistische Chancen, das Schlimmste, die endgültige Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft und die totale Industrialisierung der Agrarproduktion aufzuhalten. Um dies zu verhindern und zugleich den in der Landwirtschaft arbeitenden Frauen und Männern neue Perspektiven zu eröffnen, bedarf es des Zusammenschlusses aller bewußten Menschen.

Deshalb fordern wir alle betroffenen Organisationen und Einzelpersonlichkeiten auf, diese Erklärung zu unterstützen und gemeinsam für eine soziale, ökologische und solidarische Landwirtschaft einzutreten, die den Ländern der Dritten Welt, der Natur, sowie den Bauern und Verbrauchern gleichermaßen dient.

Arbeitsgemeinschaft  
bäuerliche Landwirtschaft (Hrsg.)

Naturschutz –  
durch staatliche Pflege  
oder  
bäuerliche Landwirtschaft



Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (Hrsg.)

**Naturschutz — durch staatliche Pflege  
oder bäuerliche Landwirtschaft**

Mit Beiträgen von Regina Braunewell, Jürgen Busse, Jörg Haafke, Karl Heinz Hülbusch, Sabine Marten, Onno Poppinga, Wolfgang Reimer, Hubert Welger und Dieter Voegelien

Gängigen Vorstellungen zufolge stehen die Interessen der Landwirtschaft denen des Naturschutzes entgegen. Hinzu kommen Konzepte, Überschußprobleme der Landwirtschaft durch Flächenstilllegungen zugunsten des Naturschutzes zu lösen.

Selektive Naturschutzpolitik bedeutet jedoch, daß auf weniger ertragreichen Standorten die Landwirte Landschaftspflege betreiben sollen, während auf besseren Standorten der Zwang zur Intensivierung und damit zur Chemisierung der Produktion unvermindert weitergeht.

Sie setzt der bisherigen Agrarpolitik nichts entgegen, einer Agrarpolitik, die nicht nur den Interessen der bäuerlichen Betriebe entgegensteht, sondern gerade die Zerstörung der natürlichen Grundlagen zur Folge hat, denen die Naturschutzkonzepte entgegenwirken wollen.

Es müssen daher Gegenkonzepte entwickelt werden,

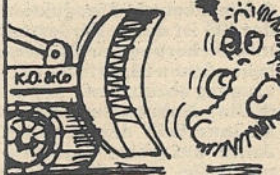
die sowohl die existentiellen Interessen der Bäuerinnen und Bauern als auch die Interessen des Naturschutzes verbinden. Die Aufsatzsammlung versteht sich als Beitrag zu dieser notwendigen Diskussion.

Aus dem Inhalt: Die Auswirkungen der Intensivlandwirtschaft und das Scheitern traditioneller und neuerer Naturschutzkonzepte. — Die historischen Wurzeln der Naturschutzidee und Forderungen an eine neue Agrarpolitik auf naturschützerischer Sicht. — Die falsche Trennung von Natur und Arbeit und Möglichkeiten einer neuen Naturaneignung. — Über die Zusammenhänge von Produktionsweise und Naturlandschaft auf Grünland und Ackerflächen; Vegetationskundliche Analysen. — Über das Verhältnis von Kraftfutter zu Grundfutter in der Milchviehhaltung und die Auswirkungen der Kraftfutterlinie auf das Grünland. —

Über eine nachhaltige Grünlandnutzung statt Umbruch und Neuansaat. — Bedeuten Flächenstilllegungen gleich Naturschutz? — Über die Zusammenhänge von Agrarüberschüssen, Naturschutz und Flächenstilllegungen, eine agrarpolitische Analyse.

Zu bestellen bei:  
Arbeitsgemeinschaft  
bäuerliche  
Landwirtschaft,  
Nordrheda 3,  
4840 Rheda-Wiedenbrück  
Telefon (052 42) 4 43 27.  
Bankverbindung:  
Kreissparkasse Wiedenbrück,  
Konto Nr.: 2017 838  
(BLZ: 478 535 20)  
Postgiroamt Stuttgart,  
Konto Nr.: 8412-706  
(BLZ: 600 100 70)  
Preis: 11,80 DM  
(inklusive Versand)  
Rabatt für Wiederverkäufer

wenn Raupen  
gegen Raupen  
kämpfen...



...verlieren immer die Schmetterlinge!  
Straßenbau, Flurbereinigung, Entwässerung, Pestizide haben schon viele Schmetterlingsarten an den Rand der Ausrottung gebracht.

Geben wir den Raupen eine Chance!

**AKTION SCHMETTERLING**

Info-Brief „Falter“ anfordern (gegen DM 2,- in Briefmarken):

Name: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
Wohnort: \_\_\_\_\_

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband NW e.V. Graf-Adolf-Straße 7—9, 4030 Ratingen

Danke für den kostenlosen Abdruck!

Wenn Sie eine

**parteiunabhängige  
bäuerliche  
Interessenvertretung**

unterstützen wollen –

Wenn Sie eine

**Zeitung**

lesen wollen, die sich von der herkömmlichen Agrarpresse unterscheidet, dann werden Sie

**Mitglied**

in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – dann

**abonnieren Sie die  
„Unabhängige Bauernstimme“**

Dieser viersseitige

Sonderteil zur

„Aachener Erklärung“

wird zusätzlich als

„Bauernstimme extra“

herausgegeben und

ist zu bestellen bei der

Arbeitsgemeinschaft

bäuerliche

Landwirtschaft

Nordrheda 3

4840 Rheda-

Wiedenbrück

Tel. (052 42) 4 84 76